

Jl-Terrorist verurteilt

Abu Dujana, der 38-jährige Anführer des militärischen Arms der *Jemaah Islamiyah* (JI), wurde in Jakarta zu 15 Jahren Haft verurteilt. »Finanzielle und materielle Unterstützung einer Terrororganisation« führte das Gericht zur Urteilsbegründung an. Dujana, der in alle Anschläge der vergangenen Jahre – darunter auch in die Bombenattentate auf der Ferieninsel Bali 2002 – verwickelt gewesen sein soll, war bis zu seiner Festnahme im Juni 2007 einer der meistgesuchten Terroristen in Indonesien.

Besondere Bedeutung kommt dem Prozess auch deshalb zu, weil

erstmals ein Richter die JI explizit als Terrororganisation bezeichnet hat. Laut Expertenmeinungen ist die bisher oft vorgenommene Einstufung von JI als den südostasiatischen Arm des Terrornetzwerks Al-Qaida nicht zutreffend. Das Agieren der eigenständig operierenden Organisation zielt darauf ab, in den muslimisch dominierten Gebieten Südostasiens – Indonesien, Malaysia, Singapur, Brunei, Südthailand und den südlichen Philippinen – einen islamischen Gottesstaat zu errichten.

vgl.: www.news.ch, 21.4.2008; Kompas, 21.4.2008

Haus der Poesie

Mit einem Festakt wurde am 14.5.2008 in Jakarta das 55-jährige Wirken von Taufiq Ismail in der indonesischen Literatur gefeiert. Die Werke des Schriftstellers, die neben Lyrik unter anderem auch Essays, Kurzgeschichten, Dramen und Zeitungsartikel umfassen, wurden zu diesem Anlass in einem vierbändigen Sammelwerk *Mengakar ke Bumi Menggapai ke Langit* (Verwurzelt im Boden, Halt suchend im Himmel) veröffentlicht. »Er betrachtet ab und zu die Vergangenheit, dann zwingt er uns in die Zukunft zu sehen« – so würdigte Anies Baswedan die Verdienste des Schriftstellers um sein Heimatland. Der Lebensweg Taufiq Ismails sei

ein Abbild der gesellschaftlichen Transformationen Indonesiens. Und auch wenn er mit seiner Literatur die Grenzen seines Landes überschritten habe, bleibe sein Zuhause – Indonesien – Dreh- und Angelpunkt seines Lebens und Wirkens.

Das Haus der Poesie, im Februar 2008 von Taufiq Ismail gegründet, soll Literatur nun auch den nächsten Generationen Indonesiens nahe bringen. Die Idee zu diesem Projekt entwickelte sich aus den Erfahrungen, die Ismail und seine Schriftstellerfreunde bei zehn Programmen zur Vermittlung von Literatur in Schulen in den Jahren 1998 bis 2008 gesammelt hatten.

vgl.: Kompas, 14.5.2008

Massieren mit Vorhängeschloss

Als Beleidigung für Frauen bezeichnete die indonesische Frauenministerin Meutia Swasono den Plan der Bezirksregierung der Stadt Batu (Ostjava), für Masseurinnen das Tragen von Vorhängeschlössern an Hosen beziehungsweise Röcken als verpflichtend einzuführen. »Das macht ja den Eindruck, als seien sie die Schuldigen«, kritisierte Swasono die Idee gegenüber der *Jakarta Post*. Mit dem Tragen dieses symbolischen Keuschheitsgürtels solle zwar Kunden signali-

siert werden, dass es im Salon nur Massage, keinen Sex zu kaufen gebe. Ob allerdings die damit verfolgten Ziele – die Attraktion Batus als Touristenziel zu steigern, die öffentliche Moral zu fördern und Prostitution einzudämmen – erreicht werden können, erscheint mehr als fraglich. Unter den Befürwortern dieser Idee befindet sich der zuständige Polizeichef in Ostjava, Imam Suryono. Eine solche Regelung würde dazu beitragen, das Image der – mit Bordel-

len gleichgesetzten – Massagesalons zu verbessern, erklärte er. Die Maßnahme sei jedoch nicht, wie von einigen Medien berichtet, offiziell angeordnet worden.

Skeptisch hingegen äußerte sich ein Kolumnist der *Jakarta Post*: »Ein derartiger Keuschheitsgürtel würde unser Land nur zu einer internationalen Lachnummer machen.«

vgl.: The Jakarta Post, 12.4.2008; Welt Online, 10.4.2008

Klimasünder Indonesien

Indonesien, Gastgeber des Weltklima-Gipfels auf Bali 2007, ist nach den USA und China der drittgrößte Klimasünder weltweit. Allein durch Brandrodung und Abholzung – jedes Jahr fällt diesen eine Fläche so groß wie Sachsen zum Opfer – werden in Indonesien jährlich 1,8 Milliarden Tonnen Kohlendioxid freigesetzt, die zuvor in den Torfböden und Pflanzen gespeichert wurden. Wirtschaftsentwicklung hat Priorität, der Umweltschutz das Nachsehen. Am 4. Februar 2008 unterzeichnete Yudhoyonos Regierung in aller Stille einen Erlass, der 13 Firmen, deren Konzessionen ablaufen (werden), die Förderung von Nickel, Kohle, Gold und anderen Bodenschätzen in eigentlich geschützten Wäldern weiterhin erlaubt. Energieminister Purnomo Yusgiantoro geht noch weiter: »Unter neuen Regeln werden wir [...] Bergbau in produzierenden und in geschützten Wäldern erlauben.« Neue Regeln – das heißt in diesem Fall: 150 Euro in die Staatskasse für einen Hektar zerstörten Regenwald. Bisher hatten Firmen, die Naturschutzgebiete abholzten, an anderer Stelle neue Bäume pflanzen müssen. Die neuen Schleuderpreise läuten den Ausverkauf von Indonesiens Wäldern ein.

vgl.: Frankfurter Rundschau, 11.3.2008; stern.de, 24.4.2008

Steigende Benzinpreise

Die Ankündigung der indonesischen Regierung, in naher Zukunft die Benzinpreise um bis zu 30 Prozent erhöhen zu wollen, veranlasste Kraftfahrzeughalter in der zweiten Maiwoche zu Panikkäufen. Zwar bestätigte Wirtschaftsminister Boediono, dass für 2008 nur diese eine Erhöhung geplant sei, aber vor allem in West-, Zentral- und Ostjava sowie in Yogyakarta wurde eine stark gestiegene Nachfrage nach Benzin registriert. Bereits in den frühen Morgenstunden bildeten sich 50 Meter lange Schlangen vor den Tankstellen, so dass deren Benzinvorräte teilweise schon um acht Uhr erschöpft waren.

Um den Benzinverkauf zu kontrollieren und zu drosseln, arbeitet die staatliche Ölgesellschaft *Pertamina* eng mit den Betreibern der Tankstellen zusammen. Der Industrie wurde es verboten, Benzin von den öffentlichen Tankstellen zu beziehen, der Kauf von Reservetankern durch Privatkunden ist nicht mehr gestattet. Ein besonderes Auge sollten Gouverneur und Polizeikräfte auf Schmuggler werfen, bat Pertamina.

Im Zuge der Preiserhöhung plant die Regierung in Jakarta auch, die Sanktionen für das Horten von Benzin zu verschärfen – Gefängnisstrafen von bis zu drei Jahren drohen. Auch würde die Polizei gegen öffentliche Unruhen vorgehen und Demonstrationen »bestimmter Gruppen« stoppen, ließ Abu Bakar Nataprawira, Generalinspektor für die Beziehungen Polizei-Öffentlichkeit, verlauten.

In der Oppositionspartei Golkar sind derweil die Meinungen zu den Plänen der Staatsspitze geteilt. Deren stellvertretender Vorsitzender, Agung Laksono, forderte die Regierung zu Umsicht bei der Entscheidungsfindung auf. Die Preiserhöhung könne vermieden werden, wenn die Regierung härter daran arbeite, mehr Öl zu produzieren, so Agung.

vgl.: tempointeraktiv, 9.5.2008

Bann für Ahmadiya?

Die indonesische Regierung überlegt gegenwärtig, ein Dekret zum Verbot der muslimischen Ahmadiya-Bewegung zu verabschieden. Dies hatte im April das *Coordinating Board for Monitoring Mystical Beliefs in Society* (Bakor Pakem), bestehend aus Vertretern von Staatsanwaltschaft, Polizei, Militär, Geheimdienst, Innen- und Religionsministerium, vorgeschlagen; denn die Lehren der Ahmadiya – 1889 in Indien als innerislamische Reformbewegung von Mirza Ghulam Ahmad gegründet – seien »unislamisch und häretisch«. Da die Ahmadiya als wichtiger Akteur im Prozess des *Nation-Building* nach 1925 auftrat, war das Verhältnis der circa 200.000 bis 500.000 Anhänger der Bewegung in Indonesien zum Mainstream-Islam bis in die 1980er Jahre hinein von friedlicher Koexistenz geprägt. Vor allem aber in den letzten Jahren kam es immer wieder zu Anschlägen militanter Muslime gegen Angehörige und Einrichtungen der Bewegung – so auch Ende April 2008, als die Ahmadiya-Moschee im Dorf Parakan Salak (West-Java) niedergebrannt wurde. Ein Sprecher der Ahmadiya sieht die Verbotsempfehlung und die neue Welle der

Gewalt gegenüber seiner Bewegung in einem direkten Zusammenhang. In einem Appell an die Regierung drängen Anhänger, von einem Verbot ihrer Glaubensgemeinschaft abzusehen. »Die Empfehlung von Bakor Pakem basiert nicht auf Fakten, sie ist Blasphemie«, äußerte sich ein anonym bleiben wollendes Mitglied der Sekte gegenüber der *Jakarta Post*. Tatsächlich hätte die Ahmadiya-Bewegung gute Chancen auf gerichtlichem Weg gegen einen Bann ihrer Religionsgemeinschaft vorzugehen, sagt der Vorsitzende des indonesischen Verfassungsgerichts Jimly Asshiddiqie.

Dass sich die Regierung um Präsident Yudhoyono bezüglich dieser Angelegenheit immer noch in Schweigen hüllt, erscheint in einem Staat, in dem Religionsfreiheit verfassungsmäßig garantiert wird, besorgniserregend. Ein Autor der *Jakarta Post* sieht in der Ahmadiya-Affäre keinen Einzelfall, denn die Yudhoyono-Regierung beuge sich allzu bereitwillig dem Diktat religiöser Fundamentalisten; er schreibt: »Minderheiten, ihr steht allein da. Der Staat wird euch nicht beschützen!«

vgl.: The Jakarta Post, 29.4.2008; tempointeraktiv, 9.5.2008

Ausbeutung im Olympiastadion

Die bei den bevorstehenden Olympischen Spielen zu erwartenden Milliardengewinne haben die internationalen Sportartikelhersteller bisher nicht dazu veranlasst, die Arbeitsbedingungen in ihren asiatischen Zuliefererfirmen zu verbessern. Sieben-Tage-Wochen, unbezahlte Überstunden und Hungerlöhne sind Alltag in den indonesischen Fabriken von Nike, Adidas & Co. – so lautet das Fazit eines im April 2008 veröffentlichten Berichts der internationalen Play-Fair-2008-Kampagne, der auch die Arbeitsbedingungen der Angestellten in China, Indien und Thailand kritisch beleuchtet. Insgesamt

hätte sich die Situation seit den Olympischen Spielen vor vier Jahren in Athen kaum verbessert, teilten die Berichterstatter mit. Hinzu kommt das noch immer ungelöste Problem der Gesundheitsgefährdung durch die Arbeit mit giftigen Chemikalien.

Sie müssten sich endlich für faire Arbeitsbedingungen bei ihren Zulieferern einsetzen, forderte Jerroen Merk von der *Clean Clothes Campaign* die großen Sportartikelkonzerne auf. Gemeinsam könnten sie die »Misere der Arbeiter« beenden.

vgl.: Spiegel online, 21.4.2008

nachrichten